

★ Frankreich 1968	Seiten 6 und 7
★ Kohl auf Kriegskurs	Seite 2
★ 2. Mai 1933	Seite 5
★ Südafrika	Seite 9

Stoppt Lohnraub und Entlassungen

Die ostdeutschen Metaller stehen an der Spitze der Gegenwehr gegen den Generalangriff der Unternehmer auf die Gewerkschaften und unseren Lebensstandard. Trotz real fast 50-prozentiger Arbeitslosigkeit und Jahrzehnten ohne Streikerfahrung gibt es eine riesige Beteiligung an der Aktionen der IG Metall. Sie dürfen nicht im Stich gelassen werden, denn sie kämpfen nicht nur für sich, sondern für alle Arbeitnehmer in Deutschland. Denn es ist im Interesse jedes einzelnen, daß die Unternehmer mit dem Präzedenzfall des Tarifbruchs im Osten nicht durchkommen.

In Ostdeutschland weigern sich die Unternehmer, die abgeschlossenen Tarifierhöhungen auf 81 Prozent des westlichen Niveaus zu bezahlen, obwohl die Kolleginnen und Kollegen effektiv erst 58 Prozent des Westlohns erhalten. Sie wollen damit ein Exempel statuieren. Die Lohnschraube soll überall in Ost und West angezogen werden.

Übertarifliche Leistungen werden gestrichen oder mit Tariflohnerhöhungen verrechnet. Die Bundesregierung hat beschlossen, den Beamten die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst erst vier Monate später zu geben. Die Länderminister fordern die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst.

Der Bosch-Konzern hat den radikalen

Abbau von betrieblich vereinbarten Leistungen beschlossen: Schichtarbeiterzulagen, Essenzuschüsse, Jubiläumsurlaub, Vorsorgekuren. Statt einer Lohnerhöhung wird den Boscharbeitern dadurch im Durchschnitt ca. 2.500 Mark Jahreslohn geklaut.

Für 1995 haben die Metallunternehmer angedroht, die bereits im Tarifvertrag vereinbarte 35-Stunden-Woche nicht zu genehmigen.

Außerdem drohen massenhafter Arbeitsplatzabbau und Entlassungen im Stahlbereich und anderen Bereichen der Industrie und des Öffentlichen Dienstes.

Die Unternehmer sehen mit der Rezession die Stunde gekommen, zum Angriff auf die Interessen der arbeitenden Bevöl-



kerung überzugehen. Die Sozialpartnerschaft war für sie ein Mittel, um in der zurückliegenden Aufschwungperiode mit den Arbeitern über Verhandlungen mit der Gewerkschaftsführung Kompromisse zu machen. Sie wollten damit sicherstellen, daß ihnen nicht zuviel von ihren Profiten weggenommen wird. Jetzt argumentieren sie mit Verlusten und leeren Auftragsbüchern und hoffen, daß die Massenarbeitslosigkeit die Arbeiter einschüchtern und die Gewerkschaften nicht kampffähig sind. Jetzt ist offener Klassenkampf angesagt.

Doch die Unternehmer haben sich verkalkuliert. Im Osten ist die Angst vor Arbeitslosigkeit in Wut und steigenden Kampfeswillen umgeschlagen. Auch im Westen hat der Kampf gegen Lohnraub begonnen. Die Bosch-Belegschaft in Stuttgart reagierte auf die Angriffe auf übertarifliche Leistungen mit Arbeitsniederlegung und einer Kundgebung vor dem Werkstor, an der sich 10.000 beteiligten. Und die verbeamteten Postler, Eisenbahner, Lehrer usw. gingen gegen den vier-

monatigen Lohnstopp auf die Straße.

Die Streikandrohung im Osten bzw. die ersten beiden Warnstreikwellen haben bereits ausgereicht, um das Arbeitgeberlager zu spalten und Konzerne wie VW, BMW, Opel und andere Unternehmer zur "freiwilligen" Tarifierhöhung um 26 Prozent zu bringen.

Das zeigt, daß die volle Verteidigung des geltenden Tarifvertrags durchgesetzt und die Angriffe auf die Löhne in Ost und West zurückgeschlagen werden können, wenn die Kampfkraft der Metall- und Stahlarbeiter voll eingesetzt wird und die anderen DGB-Gewerkschaften Solidaritäts-Kampfmaßnahmen organisieren.

Ein eintägiger Generalstreik würde der Mitglieds- und Arbeitnehmerschaft Vertrauen in die eigene Stärke und das Gefühl für ihre Macht geben. Er könnte der Anfang für eine Gegenoffensive sein.

Ursel Beck, Köln
IG Metall-Mitglied

Schluß mit faulen Kompromissen

■ Kampf für den Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze und jedes Standortes sowie für die Übernahme aller Azubis

■ Vollstreik der IG Metall in der Stahl- und Metallindustrie gegen Tarifbruch, Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung

■ Eintägiger Generalstreik aller DGB-Gewerkschaften gegen den Generalangriff von Kohl und Bossen

Unser Standpunkt

Schluß mit faulen Kompromissen!

Die Gewerkschaften in Deutschland stehen vor der härtesten Bewährungsprobe seit Anfang der 50er Jahre. Die Zeiten, in denen die Gewerkschaftsführung ohne Arbeitskampf am Verhandlungstisch Zugeständnisse für die Arbeiter herausholte, gehen zu Ende. Die Unternehmer haben die Sozialpartnerschaft aufgekündigt und gehen mehr und mehr zum offenen Klassenkampf über.

Daß die Politik der Sozialpartnerschaft durch die Gewerkschaften auch in der Vergangenheit falsch war, belegen einige Beispiele:

■ Die 35-Stunde hätte bereits im ersten Arbeitskampf 1984 voll durchgesetzt werden können. Doch die Gewerkschaftsführung nahm mehr Rücksicht auf die Unternehmer als auf die Arbeitslosen. Diese Rücksichtnahme danken die Metallarbeitgeber heute bei 6 Millionen Arbeitslosen mit der Androhung, die für 1995 vereinbarte 35-Stunden-Woche nicht umzusetzen.

■ Der Boom der 80er Jahre brachte den Unternehmern Supergewinne. Die Gewerkschaftsführung gab sich mit bescheidenen Tarifierhöhungen zufrieden, die in den meisten Fällen durch Inflation und staatliche Umverteilungspolitik wieder weggenommen wurden. Die Lohnquote sank auf einen historischen Tiefstand. Und die 3-Prozent-Erhöhung in diesem Jahr bedeutet allein durch die Inflation einen Reallohnabbau. Aber die gegenwärtige Lohnraubpolitik zeigt: Wenn man den Bossen den kleinen Finger gibt, wollen sie gleich die ganze Hand.

■ "Daß der Abbau von 80 Prozent der Metallarbeitsplätze ohne riesige soziale Konflikte möglich war, ist vor allem der IG Metall zu verdanken." lobt CDU-Ministerpräsident Biedenkopf. Zum Dank dafür drohen die Metall-, Stahl- und Treuhandbosse mit der Vernichtung von 100.000 weiteren Arbeitsplätzen.

■ Anstatt in Ostdeutschland die volle Angleichung an die Westlöhne durchzusetzen, haben sich die Gewerkschaften auf Stufenpläne eingelassen und halten sie noch immer ein, obwohl die Preise inzwischen Westniveau erreicht haben. Aber die, die die Preise machen, denken nicht mal daran, die bereits vereinbarten Teilanpassungen zu bezahlen. Tarifbruch ist angesagt.

■ Vor die Alternative gestellt: Streik oder weitere Zugeständnisse an die Unternehmer, entschied sich die IG Metall-Führung erstmalig für letzteres. Nach einem Bericht des *Kölner Stadtanzeigers* vom 14.4.93 ließ sie sich in einer Vermittlungsrunde mit Biedenkopf darauf ein, den Stufenplan nochmal zeitlich zu strecken und für 1993 statt 26 nur 21 Prozent Lohnerhöhung zu akzeptieren. Und selbst das war laut Biedenkopf nicht das letzte Wort. Während der zweiten Warnstreikwelle verkündete Franz Steinkühler sogar, die Arbeitnehmer seien "zu Kompromissen bereit, die möglicherweise auch weh tun werden, um einen Arbeitskampf zu verhindern".

Diese Politik der Gewerkschaftsführung ist völlig falsch. Wird der alte Tarifvertrag nicht voll und ganz verteidigt, haben die Unternehmer mit ihrer Politik des Tarifbruchs und der Spaltung zwischen Arbeitern in Ost und West gewonnen. Und sie werden gestützt auf diesen Sieg den nächsten Tarifbruch vorbereiten.

Jedes kampflose Zugeständnis an die Unternehmer verschlechtert die Ausgangsposition für die Gewerkschaften. Die IG Metall muß den Flächentarif verteidigen und darf sich nur da, wo die Unternehmer aus dem Arbeitgeberverband austreten, auf Betriebstarife einlassen – um dann die Angleichung an den Flächentarif zu erkämpfen.

Die IG-Metall-Führung bezeichnet den Tarifbruch zu Recht als Kriegserklärung der Unternehmer an die Gewerkschaften. Aber um die Schlacht zu gewinnen, muß sie ihre Armee von 4 Millionen Mitgliedern effektiv mobilisieren und dafür sorgen, daß die anderen Einzelgewerkschaften sie aktiv unterstützen. Je mehr Bezirke von Anfang an in den Streik einbezogen werden, desto schneller werden die Unternehmer kapitulieren.

Das beste wäre, den Streik sofort mit einem Vollstreik in der Metall- und Stahlindustrie zu beginnen. Und das heißt auch Vollstreik in Westdeutschland. Die Arbeitgeber drohen den Ost-Arbeitnehmern mit Massenentlassungen. Die Antwort muß ein Streik im Westen sein, der ein größeres ökonomisches Druckmittel ist als im Osten. Und wo den Gewerkschaften der Krieg erklärt wird, kann es auch keine Friedenspflicht geben.

Der Kampf gegen den Tarifbruch im Osten muß mit dem Kampf gegen Abbau übertariflicher Leistungen im Westen verbunden werden. Und er muß dazu überleiten, alle anderen Angriffe, wie Massenentlassungen und Sozialabbau, zurückzuschlagen.

In diesem Kampf kann es nur die Rücknahme des Tarifbruchs und damit den Sieg geben – oder einen faulen Kompromiß. Wenn die Unternehmer mit ihrem Tarifbruch durchkommen, kann das jedenfalls nicht an der mangelnden Kampfbereitschaft der Metaller gelegen haben.

Es sollten Verbindungen zwischen Betrieben in Ost und West geknüpft werden, um gemeinsame Aktionen zu organisieren und der Spaltung in "Ossis" und "Wessis" entgegenzuwirken. Gemeinsam muß Druck auf die Führung für einen konsequenten Kampf gemacht werden. Eine Lehre aus dem ÖTV-Streik im letzten Jahr ist, daß die Führung darauf verpflichtet werden muß, den Streik nicht vor einer Urabstimmung über das Ergebnis abubrechen.

Bundeswehreinsatz auf dem Balkan

Kohl auf Kriegskurs

Jetzt fliegen sie also - deutsche Bundeswehrosoldaten mit den AWACS-Aufklärern über Bosnien-Herzegowina. Nach langem hin und her und dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht ist der erste Schritt in Richtung Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr gemacht.

Mit seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht einmal mehr gezeigt, wie willkürlich mit dem Grundgesetz umgegangen wird, wenn die Herrschenden ihre Interessen durchsetzen wollen.

Stimmt es, daß es darum geht, an friedensschaffenden Maßnahmen teilzunehmen und internationale Verantwortung für die Erhaltung der Menschenrechte zu übernehmen?

Nein, denn hinter der Forderung, die Bundeswehr weltweit zu Kampfmaßnahmen einsetzen zu können, stecken knallharte Machtinteressen. Der AWACS-Einsatz deutscher Soldaten soll hier das Tor zu weitergehenden Schritten öffnen. Kaum war das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verlesen, meldeten sich auch schon die zu Wort, denen AWACS-Einsätze nicht ausreichen und genau passend kommt die UN-Anforderung deutscher Soldaten für den Einsatz in Somalia.

Dahinter steckt der Wunsch, daß Deutschland politisch und militärisch eine Stellung in der Welt einnehmen soll, die seiner wirtschaftlichen Stärke entspricht. Als Verlierer aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen, war die BRD immer der wirtschaftliche Riese und politische Zwerg. Das sollte spätestens seit dem Anschluß der DDR geändert werden. Das neue, große Deutschland will jetzt auch eine große Rolle spielen. Und das nicht, um an allen Ecken und Enden der Welt humanitäre Hilfe leisten zu können, sondern um seine politischen und wirtschaftlichen Interessen notfalls auch militärisch durchsetzen zu können. Die AWACS-Einsätze sollen dabei der erste Schritt sein und die Bevölkerung an den Einsatz deutscher Soldaten im Krieg gewöhnen.

Stimmt es denn, daß die UNO auf dem Balkan die Menschenrechte ver-

teidigt und die Awacs-Mission dazu notwendig ist?

Nein, es wäre das erste Mal, daß die Imperialisten aus den USA, Großbritannien usw. die Menschenrechte und nicht ihre ureigensten Interessen verteidigen würden. Im ehemaligen Jugoslawien ist die UNO bisher noch nicht massiv eingeschritten, da sie genau weiß, daß es keine schnelle und vor allem keine schnelle militärische Lösung gibt. Vor allem will sie sich nicht auf einen Landkrieg einlassen, da alle Militärspezialisten bescheinigen, daß ein solcher Krieg langwierig wäre und große Opfer bringen würde.

Das Flugverbot, das jetzt über Bosnien-Herzegowina verhängt wurde und auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden soll, ist nichts als ein symbolischer Akt. Die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas fühlt sich von der UNO verschaukelt, denn ihr war klar, daß das Hauptproblem nicht in der Luft liegt. Die Reaktion der serbischen Militärs auf das Flugverbot folgte denn auch prompt: massive Landangriffe auf Sarajewo und andere Städte direkt am ersten Tag des Verbotes.

Wenn sich die UNO auf dem Festland in einen Krieg verwickeln lassen würde, muß sie auch damit rechnen, daß die moslemische Bevölkerungsmehrheit Bosnien-Herzegowinas nicht auf ihrer Seite stehen würde. Denn die UNO unterstützt politisch in erster Linie die kroatische Regierung. Wenn man den westlichen Regierungen und den Medien glaubt, so ist der Bösewicht auf dem Balkan längst ausgemacht: Serbien. Verschwiegen wird, daß sich Kroatien genauso wie Serbien Teile von Bosnien-Herzegowina unter den Nagel reißen will. Wir sehen nichts anderes als eine imperialistische Auseinandersetzung zweier nationalistischer und expansionsorientierter Regierungen. Die Präsidenten Serbiens,

Milosevic, und Kroatiens, Tudjman, trafen sich schon am 25. März 1991 heimlich im serbischen Karadjorvedo und einigten sich auf den Sturz des bosnischen Präsidenten und die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas (Bericht in *Financial Times* vom 27. Juni 1991).

Auch der Vance/Owen-Friedensplan sieht eine Festigung der ethnischen Säuberungen und eine Aufteilung Bosnien-Herzegowinas auf kroatische, serbische und moslemische Siedlungsgebiete vor. Zu kurz kommt dabei die moslemische Bevölkerungsmehrheit Bosnien-Herzegowinas, der eindeutig das Recht auf einen unabhängigen Staat aberkannt wird. Das Eingreifen der UNO auf Seiten Kroatiens ist das Eingreifen auf Seiten eines Staates mit eindeutigen Eroberungsplänen. Wenn es der UNO um Menschenrechte ginge, würde sie im übrigen auch die Menschenrechte der serbischen Minderheit in Kroatien verteidigen (siehe unten).

Deutsche Soldaten haben auf dem Balkan nichts zu suchen (um genau zu sein: Es sind schon mehr als genug da, denn eine ganze Menge deutscher Neonazis kämpfen in den Milizen faschistischer kroatischer Organisationen).

Die Soldaten der Bundeswehr sehen das genauso: Nach einer vom Führungsstab der Bundeswehr unter Verschluss gehaltenen Umfrage bei Heeresoldaten sind nur 28 Prozent bereit, an NATO- und UNO-Einsätzen teilzunehmen und nur 40 Prozent werten solche Aktionen als positiv. Selbst bei den Offizieren sind nur 63 Prozent für Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Gebietes (nach *Spiegel* Nr. 14/93).

Um den Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt zu verhindern, reicht es nicht aus, wenn die SPD-Führung vor das Bundesverfassungsgericht zieht und sich nachher über das Urteil beschwert. Das ist eine Unterstützung deutscher Großmachtspolitik im Denkensträger-Tarnanzug.

Vlado Babic, Köln

Menschenrechte in Kroatien

Was die Medien nicht berichten

Die serbische Minderheit in Kroatien ist massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Vor Beginn des Krieges machten Serben 16 Prozent der Bevölkerung in Kroatien aus, heute sind es noch vier Prozent.

Ein Teil der Serben, vor allem Angehörige von in Kroatien stationierten Bundesarmeeangehörigen, sind nach Serbien zurückgegangen, viele andere fliehen oder "werden gegangen". Tausende von Serben befinden sich in Untersuchungshaft.

Im Gegensatz zu den Serben betreiben die Kroaten eine weitaus perfidere Art der ethnischen Säuberung. Die wohl interessanteste Variante ist die der Verweigerung der Staatsbürgerschaft seitens des Staates gegenüber den Serben. Wer den Nachweis als kroatischer Bürger anhand der sogenannten "domovnice" nicht erbringen kann, hat weder Anspruch auf ehemals besessene Immobilienwerte und Devisenkonto, noch auf eine Aufenthaltsgenehmigung (da seit dem 1.11.92 ein neuer Paß eingeführt und der alte Paß ungültig wurde, braucht man mindestens eine Aufenthaltsgenehmigung).

In der Realität wird vielen orthodoxen (die meisten Serben sind orthodoxen Glaubens, Anmerk. d. Autors) Bürgern Kroatiens die Staatsbürgerschaft verweigert. Dies hat zur Folge, daß diese Menschen nicht nur ihren gesamten Besitz verlieren, sondern wegen fehlender Aufenthaltsgenehmigung Kroatien verlassen müssen. Ein persönliches Beispiel: Eine dem Verfasser bekannte Familie verliert aufgrund der Tatsache, daß die Ehefrau orthodo-



Fahrzeug der faschistischen HOS Einheiten

xen Glaubens ist (sie ist Serbin) ihr luxuriöses Hotel in Istrien, sowie 80.000 Mark, deponiert auf einem Devisenkonto. Im Gegensatz zu ihrem Mann (Kroate) und ihren beiden Kindern, wird ihr die "domovnice" verweigert. Auf dem Bescheid wird ihr vorsorglich noch mitgeteilt, daß gegen diesen Bescheid keinerlei Widerspruchsmöglichkeiten bestehen. Ihr Besitz, der auf ihren Namen ausgeschrieben ist, kann auch nicht mehr auf den Namen ihres Mannes übertragen werden, da ihr der Besitz "ganz legal" gar nicht mehr gehört." (zitiert aus der Zeitschrift "Hintergrundinformationen", Nr.1, Januar

1993).

Eine andere Bedrohung, der die serbische Minderheit in Kroatien schutzlos ausgeliefert ist, ist die durch die faschistischen paramilitärischen Ein-

heiten (HOS), in der auch viele deutsche Neonazis kämpfen. Im Oktober wurden 14 serbische Bürger tot auf einer Mülldeponie gefunden, aus Angst ein ähnliches Schicksal zu erleiden, flüchten viele Serben aus Kroatien.

Der zum Vorstand des kroatischen Helsinki-Komitees gehörende Ivan Zvonimir Cicak berichtete unter Berufung auf Polizeistatistiken, daß seit Beginn des Krieges in Kroatien 1991 die Wohnhäuser von über 1000 serbischen Familien gesprengt worden seien, und zwar in Regionen, die nicht direkt vom Krieg betroffen waren. (*Frankfurter Rundschau*, 15.4.93)

VORAN zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter/-innen und Jugendliche. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Erscheinungsweise: Monatlich

Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1,

Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 36010043, Konto-Nr. 250059-430.

Metallindustrie Ostdeutschland

Gegen Tarifbruch - für volle 26 %

Niedriglöhne bei Westpreisen

Die IG Metall hat 1991 mit den Unternehmern im Osten einen Stufentarifvertrag zur schrittweisen Angleichung der Löhne an das Westniveau ausgehandelt. Damals wurde auf eine schnelle Lohnangleichung mit der Begründung verzichtet, der "Aufschwung Ost" müsse erst angekurbelt werden.

Dieser Vertrag beinhaltet, daß die Ostkollegen jetzt auf dem Papier 58 Prozent des Westlohns erhalten. Im Osten gilt nämlich immer noch die 40-Stundenwoche, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie diverse Zulagen werden anhand der Ostlöhne ausgerechnet (sofern es überhaupt was gibt) und es gibt zwei Tage weniger Urlaub. Die 60 Prozent Zulagen auf dem Papier sind in der Lohntüte eines ostdeutschen Metallers nur runde 50 Prozent des Westlohns. Andere Bereiche, wie Chemie, Bergbau und Energie, Öffentlicher Dienst, sind schon viel weiter im Angleich als die Metaller.

Ein Metaller in Sachsen verdient bis jetzt 1.702 DM im Monat. Die 26 Prozent würden ihm 2.145 DM bringen. Jedoch das Arbeitgeberangebot von 9 Prozent hieß für den Kollegen 1.855 DM. Wenn man nun bedenkt, daß die letzte Miete um 50 Prozent stieg, die

Fahrpreise hier in Rostock um 70 Prozent, die Mehrwertsteuer — da bleibt vielen nicht viel. Die 26 Prozent mehr sind deshalb für viele eine Frage des Überlebens.

Die Berliner Verbraucherzentrale ermittelte, daß die Preise für Güter des täglichen Bedarfs in Ostbelin genau bei 99,96 Prozent des Westberliner Niveaus lagen. "Während der Tarifverhandlung in Halle überreichten Metaller dem Arbeitgeberchef Modes zwei Warenkörbe. Am Tag zuvor waren zwölf Artikel in Hannover und Magdeburg eingekauft worden. Ergebnis: Die Preise für Brot, Kaffee und andere Lebensmittel waren in Magdeburg 3 Prozent teurer als in Hannover. Kollegen, die zwei Wochen vorher den gleichen Preisvergleich in Hessen und in Thüringen machten, kamen sogar zu einem Preisunterschied von 13 Prozent." (Metall Nr. 3, vom 5.2.93)

26 % — Todestoß für die Ostwirtschaft?

Wenn die Unternehmer jammern, daß die 26 Prozent sie ruinieren würden, so lügen sie schlicht und einfach. Zumal viele Firmen diese Erhöhung seit zwei Jahren einkalkuliert haben (z.B. ist die Wismarer Werft bereit zu zahlen).

Wenn wir uns die Gewinne der Unternehmer ansehen, werden wir staunen — die sind nämlich nicht von Pappe. Durch Entlassungen ist die Beschäftigtenzahl vom 1. Quartal 91 zum 3. Quartal 92 von 70.804 auf 33.253 gesunken. Der Umsatz der Unternehmen stieg jedoch im gleichem Zeitraum von 506 Millionen auf 873 Millionen DM. Das entspricht einer Umsatzsteigerung von 72,5 Prozent.

Der Lohnanteil am Umsatz sank in derselben Zeit von 52,8 Prozent auf 26 Prozent. Noch deutlicher zeigt der Umsatz pro Beschäftigtem die Gewinne. Von 7.146 DM stieg dieser auf 26.251 DM — das sind 267,4 Prozent!

Es geht den Unternehmern also nicht um's "Nicht-Können", sondern um's "Nicht-Wollen". Ziel ist zum einen Gewinn Sicherung und zum anderen ein Generalangriff auf alle tariflichen Rechte.

...und Unternehmen, die wirklich nicht zahlen können?

An ihrer Zahlungsunfähigkeit bzw. ihrem Ruin sind nicht die Löhne schuld, sondern der Konkurrenzkampf, der in Rezessionszeiten die jeweils unproduktivsten Betriebe ausschaltet. Die Löhne sind dabei ein völlig untergeordneter Faktor. Denn gerade die Betriebe, die die höchsten Löhne und bereits "freiwillig" die 26 Prozent bezahlen, sind am konkurrenzfähigsten. Selbst wenn Belegschaften durch massive Lohnsenkung die Konkurrenzfähigkeit ihrer Betriebe verbessern würden, wären die nächst schlechtesten Betriebe bzw. Belegschaften vom Untergang bedroht.

Nils Natzel, Rostock

Kampfaktionen im Stahlbereich

Branchenweites Konzept

Die Belegschaften der Stahlbetriebe sind weiter aktiv im Kampf um ihre Arbeitsplätze. Zu einer Demo mit anschließender Groß-Konferenz kamen Ende April in Duisburg rund 3.000 Jugendliche aus vielen Stahlstandorten zusammen.

Das Treffen kam auf Initiative der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) Krupp/Hoesch in Duisburg zustande. Die Azubis und Jungarbeiter der Duisburger Stahlbetriebe waren komplett vertreten, aber auch von Krupp Hagen und Bochum waren fast alle Azubis gekommen. Andere Standorte hatten Jugend-Delegationen geschickt.

Bei der Konferenz berichteten Redner über die Situation in ihren Betrieben. Überall das gleiche Bild: die Zahl der Ausbildungsplätze und Neueinstellungen ging in den letzten Jahren schon drastisch zurück; Übernahmeverträge nach Abschluß der Ausbildung gibt es nur noch für 3 Monate.

"Bei uns haben wir 6-Monats-Verträge und dachten schon, das wäre schlecht. Jetzt müssen wir feststellen, daß wir damit noch am günstigsten dastehen." berichtete Bernd Tersteegen, Vorsitzender der JAV Krupp Rheinhausen.

In Oranienburg bei Berlin wurde Ende April das Krupp-Werk für mehrere Tage von der Belegschaft besetzt, da es geschlossen werden soll. Früher arbeiteten 1.100 Stahlarbeiter dort, jetzt sind es noch 200, obwohl Krupp gegenüber der Treuhand ursprünglich den Erhalt von 600 Arbeitsplätzen garantiert hatte und dafür reichlich subventioniert wurde.

Die Beschäftigten stehen mit dem Rücken zur Wand und brauchen Solidarität. Schickt Resolutionen an: Belegschaft und Betriebsrat Krupp-Stahl, Krummener Str. 43, O-1400 Oranienburg.

Insgesamt zeigen die vielen Aktionen, wie groß die Kampfbereitschaft im Stahlbereich nach wie vor ist. Doch die IG Metall-Führung läßt die Belegschaften im Regen stehen, so daß Belegschaften und Betriebsräte eigene Konzepte nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten versuchen. Im Zeichen der immer tiefer werdenden Rezession ist das einzig realistische Konzept jedoch ein Gesamtkonzept für die ganze Stahlbranche, d.h. Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle durch Belegschaften und Gewerkschaften. Und nur durch einen zusammengefaßten Kampf aller Standorte sind wirklich Arbeitsplätze zu verteidigen. Im Osten ist die Urabstimmung gelaufen, für den Westen muß sie umgehend eingeleitet werden. Vollstreik zusammen mit Metall sowie Betriebsbesetzung bei Fortführung der Produktion sind die einzig erfolgversprechenden Kampfmittel.

ten sparen, die fette Gehälter und Diäten nach Hause trügen, und nicht bei den untersten Gehaltsgruppen.

Notwendig sind:

- Gemeinsamer Kampf gegen Privatisierung, Verschlechterung und Abbau von sozial notwendigen Dienstleistungen sowie für den Erhalt aller Arbeitsplätze

- Sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche, um Arbeitsplätze zu sichern, neue zu schaffen und die Arbeitsbelastung und den Streß zu mindern.

- Bessere Ausstattung von Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen. Gegen weitere Erhöhungen der Kitatarife. Jedem Kind ein Platz zum Nulltarif.

- Kontrollorgane von Beschäftigten, Eltern, und den jeweilig Betroffenen über Finanz- und technische Ausstattung, Arbeitsbedingungen usw.

- SPD raus aus der großen Koalition. Schluß mit einem Senat gegen die Armen und für die Reichen. Für einen Senat, der die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt.

- Ein erster Schritt für die Durchsetzung müßte ein 24-Stunden-Streiks aller KollegInnen im Öffentlichen Dienst sein.

- Gemeinsame Aktionen mit der IG Metall gegen den Tarifbruch. Wenn sich die Arbeitgeber gegen die IG Metall durchgesetzt haben, sind wir als nächste dran.

Sonja Engelhardt, Thomas Berger, ÖTV-Mitglieder Berlin



Berlin — Öffentlicher Dienst

"Wir sind nicht der letzte Dreck"

Einige Stunden, nachdem tausende ArbeiterInnen der Fröhschicht in Berliner und Brandenburger Metallbetrieben mit Warnstreiks ein Protestsignal gegen den Tarifbruch der Metallunternehmer, versammelten sich 5.000 KollegInnen aus dem Öffentlichen Dienst zu einem Demonstrationszug und anschließender Kundgebung vor der Berliner Innenverwaltung.

Sie protestierten gegen die Privatisierungspläne von Teilen des Öffentlichen Dienstes, in deren Folge 6.500 Arbeitsplätze abgebaut und Dienstleistungen massiv verschlechtert werden sollen.

Trotz Ankündigung von arbeitsrechtlichen Disziplinarmaßnahmen und Androhung von Lohnabzug für die während der Arbeitszeit stattfindenden Proteste waren 5.000 gekommen. 90 Prozent der Teilnehmer waren Frauen aus schlecht bezahlten Berufen wie Reinigungs- und Küchendienst. Je radikaler die Aussagen der RednerInnen, desto lautstärker, wütender und kampfeslustiger der Beifall. Zahlreiche Frauen schwenkten trotz der ÖTV-Fahnen oder auch selbstgemachte Transparente. Die meisten Demo-TeilnehmerInnen hatten sich mit Trommeln, Pfeifen, Rasseln oder auch Kochtöpfen und Holzklöfeln ausgerüstet.

Am besten brachte eine Arbeiterin der Reinigungsdienste aus Spandau, die schon 20 Jahre ihren Job verrichtet, die Empörung auf den Punkt. Sie sprach aus, was viele dachten. "Sie wollen, daß Frauen wieder zurück an den Herd sollen. Aber wir werden jetzt den Widerstand der Frauen organisieren. Wir werden von den direkten Vor-

gesetzten als der letzte Dreck behandelt. Aber wir sind nicht der letzte Dreck und das werden wir Ihnen jetzt zeigen. (Gellende Pfiffe, Topfschlagen und Klatschen) Wir müssen für einen Hungerlohn jahrelang schufteten und jetzt sollen wir dafür belohnt werden, indem sie uns entlassen." (Wütender Protest)

Die Rednerin machte auch deutlich, daß die Privatisierung keine Einsparung von Geldmitteln bedeutet: "Wir kennen doch die Reinigungsfirmen. Wenn 100 Prozent privatisiert sind, dann diktieren sie dem Senat die Preise, und der wird dann zahlen".

Ein Gewerkschaftsfunktionär wandte sich zunächst gegen die Einschüchterungsversuche des Innensenators: "Wenn der hochbezahlte Innensenator mit 20.000 DM im Monat während seiner Arbeitszeit Stellenkürzungen von Tausenden von Arbeitsplätzen beschließen darf, dann muß es auch das Recht der betroffenen KollegInnen sein, während der Arbeitszeit dagegen zu demonstrieren." Für den Umbau des Landtagsgebäudes seien 160 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Geld sei also vorhanden. Man solle zunächst dort und bei Senatoren, Staatssekretären und Referen-

Der Steuerzahler muß blechen

Politiker und Unternehmer versuchen uns einzureden, daß Lohnsubventionen im Osten für die Staatsschulden verantwortlich seien. Damit soll den Arbeitern im Westen eingeredet werden, sie müßten ihre Kollegen im Osten finanzieren. Dasselbe Argument hat man aber nicht gehört, als die Unternehmer wie nie zuvor Subventionen für ihre Investitionen in FNL bekommen hatten. Dabei hatten sie das gar nicht nötig. Ihre Kassen sind voll von flüssigen Mitteln und Rücklagen. Wenn der Lohn eines Treuhandarbeiters subventioniert wird um seine Existenz zu sichern ist das nur gerechtfertigt. Wodurch ist aber gerechtfertigt, daß die Deutsche Bank die jährlich Milliardengewinne einfährt, 60 Prozent an Subventionen für den Aufbau ihrer Filialen bekommt? Und dieselben Politiker, die den Steuerzahler, sprich Arbeiter aufhetzen, wenn es um staatliche Gelder für Arbeiterlöhne geht, bedienen sich großzügig an Steuergeldern, wenn es um ihre eigene Diäten bzw. wenn es um die Angleichung von Minister- und Abgeordnetenbezüge der Ost-Parlamentarier geht.

Unser Anti-Rezessions-Programm

Die Rezession bedroht uns mit Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnsenkungen und Sozialabbau. Aber muß es so sein?

Wie wäre es, wenn die Reichen einmal den Gürtel enger schnallen würden oder die Großaktionäre für die Krise ihres Profitsystems bezahlen würden? Deshalb fordern wir:

- Erhalt aller Arbeitsplätze und sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre.

- Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1.800 DM netto für alle ab 18 Jahren.

- Öffnung der Geschäftsbücher. Wir wollen sehen, wo die Millionen hin sind, die wir erwirtschaftet haben.

Die Banken und Konzerne haben Hunderte von Milliarden DM auf der hohen Kante, die Deutsche Bank allein 500 Milliarden. 20 Prozent der Industriekapazität liegen brach und ganze Betriebe werden stillgelegt, weil die Bosse sie nicht mehr gebrauchen können. Gleichzeitig werden 5 Millionen Menschen zum Nichtstun verdammt, obwohl die Gesellschaft Wohnungen, Schulen, neue Bahnstrecken usw. braucht. Wir wollen brachliegende Betriebe, Kapital und Arbeitskraft zusammenbringen. Nur die Profitgier einer kleinen Minderheit, den Besitzern von Kapital und Betrieben, steht im Weg. Deshalb fordern wir:

- Ein massives öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich. Finanzierung durch:

- Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum.

- Leitung der Wirtschaft durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter von Beschäftigten und Gewerkschaften, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Demokratische Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

Ihr da oben...



Sozialfälle

Nach den Asylbewerbern hat die Bundesregierung seit geraumer Zeit die "Sozialbetrüger" als Verantwortliche für die Ebbe in den öffentlichen Kassen entdeckt. Im Rahmen des Sozial-Pakts will Bundesminister Blüm 300 Mio. DM durch schärfere Kontrollen bei Arbeitslosen einsparen. Dafür müssen 3 Millionen Arbeitslose einmal im Monat bei den Arbeitsämtern antreten.

Viel Aufwand, da man dieselbe Summe bei einem einzigen Empfänger öffentlicher Wohltaten hätte einsparen können: bei dem bayerische Fleischgroßhändler Moksel, der 300 Mio Subventionen kassierte. Hier änderte Waigels (CSU) Bundesfinanzministerium jedoch rückwirkend die Subventionsrichtlinien für Fleischexporte, so daß Moksel damit einer Strafverfolgung entging. Unter Amigos ist die Bedienung aus öffentlichen Kassen eben ein Kavaliärsdelikt...

Leistungsträger

Die Banken gehen nach Schätzung davon aus, daß es in Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts etwa 6,5 Mio. Erbfälle geben wird, bei denen rund 1.800 Milliarden DM an Geld, Grundvermögen und Lebensversicherungen den Eigentümer wechseln. Auch bei dem Teil der Bevölkerung, der überhaupt etwas zu vererben hat, ist der Segen höchst ungleich verteilt. 60 Prozent der Erbschaften liegen unter 200.000 DM. In 162.000 Fällen beträgt das Vermögen, das die Erben ohne eigene Leistung einstreichen können, dagegen eine Million DM und drüber.

Geschwafel

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Walter Hitschler pflegt eine direkte und unverblühte Art beim Umgang mit dem Bürger. Von einem evangelischen Pfarrer aus Alzey erhielt der Abgeordnete einen Brief mit der Bitte, einer Änderung des Asylrechts nicht zuzustimmen. In seinem Antwortbrief fragte Hitschler, ob er diesen Appell so verstehen könne, "daß Sie auch persönlich bereit sind, Asylbewerber aufzunehmen?" Der FDP-Mann wollte "Ihrem zuständigen Wohnungsamt gerne Mitteilung davon machen". Weiter schrieb der Volksvertreter, daß er "nicht viel von scheinheiligem Geschwafel" halte, denn: "Wenn alle evangelischen Pfarrer bereit wären, ihre Wohnungen für Asylbewerber zu öffnen, hätten wir in der Tat keine Unterbringungsprobleme".

Wenn man sich als Bürger also demnächst bei den Politikern über Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beschwert, wird man sich wohl die Gegenfrage gefallen lassen müssen, ob man bereit sei, die eigene Wohnung und den Arbeitsplatz zu teilen. Aber dafür darf man das Geschwafel über humanitäre Einsätze in Somalia und anderswo dann auch so verstehen, daß die Politiker bereit sind, dorthin mitzuflogen. Darüber dürfen Sie dem zuständigen Kreisverrsatzamt gerne Mitteilung machen...



...wir hier unten

Übernahme bei Daimler fraglich

Sinkender Stern für Azubis



Folgendes Interview mit einem Azubi bei Daimler in Stuttgart, der aus Angst vor Arbeitsplatzverlust nicht namentlich genannt werden will, führte unser Mitarbeiter Ari Häcker.

Voran: Wie sieht im Moment die Situation für Auszubildende bei Daimler aus?

Noch werden viele Azubis eingestellt. Die Übernahme ist fraglich. Daimler will zwar alle Azubis übernehmen, aber nur ca. 5-6 von 18 in einem Lehrjahr werden in die Facharbeiterjobs übernommen, für die sie ausgebildet worden sind; die anderen in schlechtere Jobs. Für Frühazubler ist die Situation besonders schlecht.

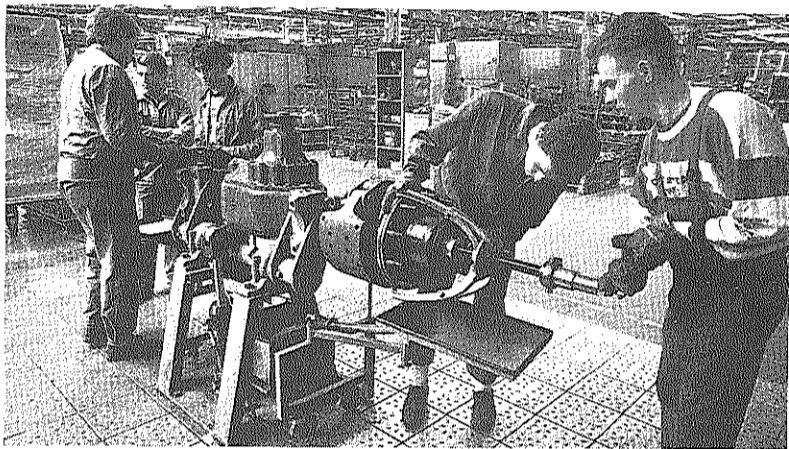
Da die Ausbildung bei Daimler als sehr gut angesehen wird, ist einerseits die Chance, bei einer anderen Firma eingestellt zu werden, ziemlich groß. Aber die Leute haben Angst, weil sie ohne Berufserfahrung dastehen, wenn sie nicht übernommen werden.

Wie ist die Stimmung unter den Azubis?

Im Augenblick ist die Stimmung noch normal, kann sich aber in den nächsten 2 Jahren ändern. Jeder versucht unter diesem Druck erstmal, besonders gute Noten zu bekommen. Aus Angst heraus, nicht übernommen zu werden, sind viele auch bereit, auf Lohnerhöhungen zu verzichten.

Wie sieht die Situation bei Daimler denn insgesamt aus?

In der Produktion treten sich die Leute auf die Füße, weil niemand mehr krank macht, aus Angst gefeuert zu werden. Im Verkauf und in der Kundenberatung fehlen aber eindeutig Arbeitskräfte. Der Arbeitsdruck ist sehr hoch; viele Kunden haben sich schon über schlechte Beratung beschwert. Eigentlich ist es Schwachsinn, in so einem Bereich Stellen einzusparen.



Azubis bei Daimler-Benz

Stuttgarter Jusos Putsch von rechts

Seit 1987 gab es im Kreisverband Stuttgart der Jusos eine Mehrheit für VORAN-Unterstützer und unsere Politik. In dieser Zeit wurde der Stuttgarter Kreisverband zu einem lebendigen, kämpferischen Jugendverband umgekrempelt.

Wir organisierten einen SchülerInnenstreik mit 5.000 Beteiligten, gründeten den Schülerrat, der u.a. zwei SchülerInnenstreiks gegen den Golfkrieg mit jeweils 15-20.000 Teilnehmern auf die Beine stellte, verdoppelten die BesucherInnenzahlen beim jährlichen Schwarzfahrerfest auf 800-900 und führten zwei Demos durch (gegen Fahrpreiserhöhungen und gegen den Einzug der REPs in den Landtag).

Von den meisten Jusoverbänden unterschied uns, daß wir immer dort zu finden waren, wo ArbeiterInnen und Jugendliche für ihre Interessen aktiv wurden: Im letzten Jahr waren wir z. B. beim ÖTV-Streik an einem Sturm auf das Rathaus von Azubis beteiligt; wir initiierten die örtliche Jugend gegen Rassismus Gruppe und mobilisierten 300 Jugendliche zur internationalen Demo gegen Rassismus nach Brüssel.

Diese Aktivitäten trugen maßgeblich dazu bei, daß wir auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung so viele Aktive wie nie zuvor hatten. Von den anderen Jusos hatten wir das ganze Jahr über bei der politischen Arbeit nicht viel gesehen. Doch auf der Jahreshauptversammlung mußten wir zu unserem Erstaunen feststellen, daß sie doch nicht untätig waren: Sie hatten so ziemlich alle SPD-Mitglieder im Juso-Alter angerufen und angeschrieben, um die VORAN-Mehrheit zu kippen. Was ihnen leider gelang.

Auch mußten wir feststellen, daß trotz des Rechtsrucks der SPD-Spitze und Großer Koalition in Baden-Württemberg noch einige Jugendliche von sich aus den Weg in die Partei finden. Man könnte sie als "karrierebewußt" beschreiben. Gegen unseren Antrag auf Unterstützung des "Dortmunder Appell" (der von SPD-Linken gestartet

wurde und Engholm wie Klose zum Rücktritt auffordert), wehrten sie sich mit Händen und Füßen.

Die Niederlage war für uns zunächst ein Schlag auf den Kopf. Sie hatte jedoch etwas Gutes: Sie hat allen JRE-AktivistInnen, allen VORAN-SympathisantInnen gezeigt, wie wichtig es ist, daß sich alle VORAN-UnterstützerInnen noch fester zusammenschließen.

Die Stuttgarter VORAN-UnterstützerInnen werden nicht locker lassen, bis wir die Mehrheit von diesen Reformisten, die nicht einmal mehr für Reformen kämpfen, wieder zurückgewonnen und den Kreisverband wieder zu einem Kampfinstrument für die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend der Stadt gemacht haben.

Aron Amm, Stuttgart
Jungsozialist

Hessen

Maßregelung von SPD-Linken

Durch die Parteien-Einigung zum Asylrecht vom 7. Dezember 1992 "wird faktisch die Abschaffung des Asylrechts festgeschrieben. Damit hat der Parteivorsitzende seinem Populismus (nicht nur) ein Grundrecht geopfert..." "Der Parteivorsitzende hat zusammen mit Hans-Ulrich Klose das Menschenrecht auf Asyl demontiert."

Für die Feststellung solcher Tatsachen hat Heiko Kretschmer, Mitglied des Juso-Bundesvorstands und des SPD-Vorstands Marburg, von der zuständigen SPD-Schiedskommission eine Rüge erhalten.

Vermutlich aus Gründen der Kulanz entsprach sie jedoch nicht dem Ausschluß-Antrag des SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord, denn eine

Parteischädigung im Wahlkampf (hessische Kommunalwahlen) durch diese Äußerungen mochte die Kommission nicht erkennen. Die Asylfrage habe nämlich bundesweit zu "Disharmonien" in der Partei geführt, wodurch die SPD "erheblich an Glaubwürdigkeit verloren und ihr Ansehen sowie ihre Wahlchancen geschmälert" habe. Die Schädigung sei also bereits vor

Kretschmers Kritik eingetreten.

Keine Rüge erhielten

- diejenigen, die die "disharmonische" Debatte zur Asylfrage in der Partei eröffnet und damit die Partei geschädigt haben, nämlich die Petersberger Beschlußbrecher

- Leipziger Jusos, die mit rechtsextremen und nationalistischen Sprüchen auffallen und schon lobende Erwähnung in der Zeitung des DVU-Verlegers Frey fanden; ein Verfahren gegen sie wurde von der zuständigen Kommission wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied

Für das Recht auf eine Zukunft!

- Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze; Arbeit und qualifizierte Ausbildung für alle.
- Nach der Ausbildung Übernahme im erlernten Beruf.
- Schaffung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Verwaltung durch demokratisch gewählte VertreterInnen von Auszubildenden, Gewerkschaften und Staat.
- Finanzierung der überbetrieblichen Berufsausbildung durch die Unternehmer (sie sind ja schließlich die Nutznießer).
- Ausbildung statt Ausbeutung als billige Arbeitskraft. Wir wollen eine breit angelegte, qualifizierte Berufsbildung:
 - genügend hauptamtliche, pädagogisch qualifizierte AusbilderInnen für alle.
 - Kontrolle über Lehrinhalte und -methoden durch VertreterInnen von Gewerkschaften und Auszubildenden unter Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse.
 - Zusammenfassung von allgemeiner Schul- und beruflicher Ausbildung.

Verschärfter betrieblicher Kleinkrieg Dienst nach Vorschrift gegen Schikananen

Es fing damit an, daß sie uns die 10 Minuten Waschzeit, die wir bisher täglich bezahlt bekommen hatten, kommentarlos gestrichen haben, weil dies in keinem Tarifvertrag und keiner Betriebsvereinbarung festgeschrieben war.

Doch mit unserer Reaktion hatte die Werksleitung nicht gerechnet: Seither erscheinen die betroffenen Lackierer aller drei Schichten nämlich nicht mehr 10 Minuten vor Schichtbeginn zur Arbeitseinteilung, sondern erst pünktlich zum Arbeitsbeginn. Da dies täglich 30 Minuten Produktionsausfall bedeutet, ist unser Abteilungsleiter ausgerastet, hat was von "Sabotage" und "Dienst nach Vorschrift" geschrien. Aber das hat ihm nichts genutzt.

Inzwischen haben auch die Manager angeordnet, daß die übertariflichen Leistungen abgebaut werden sollen. Bisher bezahlte Pausen sollen auf die jetzt fällige Arbeitszeitverkürzung angerechnet werden, der Essenspreis in der Kantine soll um eine Mark auf 5 Mark steigen und auch die Arbeitskleidung sollen wir jetzt selber bezahlen. In der Betriebsversammlung behaupteten die Manager, daß diese Kürzungen wegen der wirtschaftlichen Lage notwendig seien. Und überhaupt würden sie selber ja auch den Gürtel enger schnallen und auf ihre übertariflichen Leistungen verzichten(!).

Die Manager und die Leitenden Angestellten wollen von nun an ab dem zweiten Urlaubstag das Benzin selber bezahlen, wenn sie mit einem ihrer Dienstwagen in den Urlaub fahren. Außerdem wollen sie den Kaffee, den sie bis jetzt umsonst haben, selber bezahlen. Allerdings haben sie sich vorher nochmal mit der doppelten Menge eingedeckt. Auch auf ihr übertarifliches Urlaubsgeld wollen sie ver-

zichten, wobei die Arbeiter und Angestellten sowieso nie mehr als Tarif ausbezahlt bekamen.

Als die Kolleginnen und Kollegen von diesen Privilegien gehört haben, waren sie erst recht nicht mehr zu Zugeständnissen bereit und sind wütend geworden, da die Leitenden Angestellten sowieso schon um die 10.000 DM verdienen.

Die Gewerkschaft und der Betriebsrat haben jetzt erstmal Klage beim Arbeitsgericht eingereicht, da die Einwände und die wenigen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates gegen die Kürzungen übergegangen wurden.

Auf die Gerichte werden wir uns aber nicht verlassen können, weil nur die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen und letzten Endes der Arbeitskampf selbst die Bosse davon überzeugen kann, daß sie die Kürzungen zurücknehmen müssen.

Die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen ist der Meinung, daß die Kürzungen ungerecht sind und erwarten von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat, daß sie den Kampf dagegen aufnehmen. Allerdings sind bis jetzt nur vereinzelt neue Leute bereit, sich zu engagieren und zu Gewerkschaftstreffen oder sonstigen informellen Treffen (z. B. VORAN-Treffen) zu kommen. Das könnte sich aber rasch ändern, wenn die Kämpfe an Schärfe zunehmen.

Sigi Buttenmüller, Bötzingen
IG-Chemie-Mitglied

Südafrika nach dem Mord an Chris Hani

Massenproteste erschüttern das Regime

Der Mord an Chris Hani war ein Versuch der extremen Rechten, die Entwicklung hin zu einer Einigung zwischen ANC und Regierung zu sabotieren, die von ihnen als Kapitulation angesehen wird.

Die Politiker der herrschenden Klasse sehen jedoch einen Kompromiß mit den ANC-Führern als einzige Möglichkeit zur Erhaltung des Kapitalismus in Südafrika an — und die ANC-Führer sind bereit zur Zusammenarbeit.

Während der 80er Jahre wurde das Apartheidsregime durch eine Streik- und Aufstandswelle nach der nächsten erschüttert. Die schwarzen Arbeiter bauten in kurzer Zeit starke, radikale Gewerkschaften auf, die den Sozialismus als Ziel hatten.

Die herrschende Klasse, gestützt nur auf eine kleine weiße Minderheit, zog die Schlussfolgerung, daß nur Reformen von oben in Zusammenarbeit mit der ANC-Führung die Revolution von unten verhindern könnten.

Nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen scheint eine Lösung in Reichweite. Wenn die vorgeschlagenen Wahlen im April 1994 nach dem Prinzip "Ein Mensch, eine Stimme" stattfinden, ist das ein historischer Schritt vorwärts für die schwarze Bevölkerung.

Es wird jedoch keine Mehrheits-herrschaft eingeführt. Eine neue Verfassung wird Klauseln enthalten, die der weißen Minderheit faktisch ein Veto-Recht geben. Der Staatsapparat wird in den Händen der weißen herrschenden Klasse bleiben, genau wie die Wirtschaft — alles gedeckt durch den Eintritt von ANC-Ministern in eine "Regierung der nationalen Einheit".

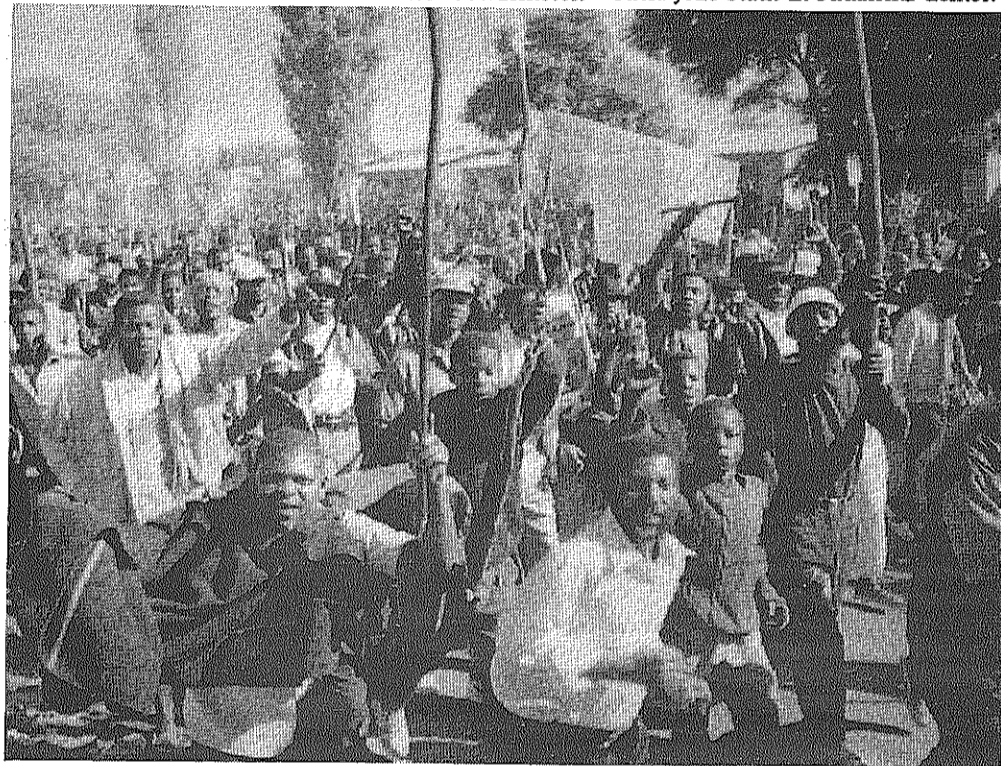
Townships ausgedrückt. Trotzdem wurde er dieses Jahr ein zentraler Unterstützer der vorgeschlagenen "Verfassungslösung" und des Eintritts von ANC und KP in eine "Regierung der nationalen Einheit".

Diese Position bedeutet eine Aufgabe der Politik der ANC-Freiheits-Charta, die für wirkliche Mehrheitsherrschaft und Sozialismus eintritt, die Ideen, die Generationen von Anti-Apartheids-Kämpfern inspiriert haben.

Die kapitalistische Presse, die Chris Hani früher als Radikalen angegriffen hatte, lobt ihn jetzt heuchlerisch. "Kein anderer ANC-Führer konnte so leicht einen Kompromiß als Triumph erscheinen lassen und für den Frieden als Form des Kampfes argumentieren ... kurz gesagt, die Unterstützung der radikalen Jugend für eine Verhandlungslösung sichern", kommentierte die *Financial Times*.

fassungskompromiß zur Einbeziehung des ANC in die Regierung beschleunigen, um so den Kapitalismus und die weiße herrschende Klasse zu schützen.

Schwarze Arbeiter und besonders die Jugend stellen zunehmend in Frage, daß die weitere Teilnahme ihrer Führer an den Gesprächen richtig ist. Es gibt viele Diskussionen über eine Wiederaufnahme des bewaffneten



Demonstration in Johannesburg nach der Ermordung von Chris Hani

Kampfes und die Wut der Massen hat den ANC gezwungen, eine neue Aktionskampagne mit der Forderung nach einem festen Datum für Wahlen anzukündigen. Aber weil ein Kompromiß als schmerzloser und friedlicher Weg zu Veränderung präsentiert werden wird, wird er wahrscheinlich anfangs von einer Mehrheit der Schwarzen akzeptiert werden.

Aber Enttäuschung wird sich entwickeln, wenn die Hoffnungen und Erwartungen nicht erfüllt werden. Das wird die Grundlage für eine neue Radikalisierung sein, möglicherweise nach einer Phase von Passivität. Mehr und mehr Schichten der schwarzen Arbeiterklasse werden die Schlussfolgerung ziehen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der ANC-Freiheits-Charta nur durch den Sturz der herrschenden Klasse und die Errichtung einer demokratischen Herrschaft der Arbeiter durchgesetzt werden können.

Robert Bechert, Köln

Augenzeugenbericht aus Südafrika

“ In der Geschichte Südafrikas haben sich nie zuvor so viele Menschen an Massendemonstrationen beteiligt, wie in den 10 Tagen nach dem feigen Mord an Chris Hani, dem Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, der SACP.

Die ersten Tage nach dem Mord waren von Schockiertheit und Unglauben geprägt. Doch am Mittwoch, dem 14. April, entlud sich der Schock auf die Straßen, als Millionen sich an massiven Demonstrationen beteiligten. Die bisher größte Arbeitsniederlegung in Südafrika ließ verlassene Städte zurück. Jede Stadt in Südafrika demon-

strierte. 100.000 marschierten in Durban und 80.000 in Kapstadt. In Alexandra marschierten 80.000 Leute durch die benachbarten weißen Vororte und dann zurück durchs Herz des von Inkatha kontrollierten Gebietes, das man als "Beirut" kennt. Dieser Massenbewegung gegenübergestellt konnten die Inkatha-Unterstützer nur noch mitleiderregend winken.

Die Kampfereitschaft der arbeitenden Bevölkerung war seit den 80ern nicht so hoch. Sie war am deutlichsten spürbar während des Begräbnisses von Chris Hani, das am Sonntag im 80.000 Leute fassenden Fußballstadion nahe Soweto stattfand. Mehr als 100.000 quetschten sich in das Stadion, während noch Tausende mehr davorstanden.

Das Begräbnis am Montag, den 19. April, erlebte eine noch größere Arbeitsniederlegung. Im Durchschnitt blieben 92 Prozent der Arbeiter ihrer Arbeit fern. Während Streik in der Vergangenheit oft hieß, daß Arbeiter zu Hause blieben, war es diesmal anders. Überall im Land ging die Arbeiterklasse auf die Straße.

Um 19.30 Uhr traf Nelson Mandela unter großem Applaus ein. Doch als Harry Gwala kam, ANC-Führer aus den Natal-Midlands, der sich durch seine Opposition zu einer Koalitionsregierung einen kämpferischen Ruf erworben hat, rief das gesamte Stadion im Chor: "Gwala, Gwala, Gwala" und empfing seine rebellische Rede mit noch größerem Applaus als es für Nelson Mandela gab. Bei Sprechern von SACP und COSATU war die Rede vom Sozialismus als einzigem Weg vorwärts. Harry Gwala erklärte, daß Chris Hani "kein Heiliger war ... er war ein Revolutionär ... glaubte an die Ideen von Marx, Engels und Lenin."

General Bantu Holomisa, der den ANC unterstützende Führer der Transkei, erzählte der Menge, daß die ANC-Führer keine weichen Knie kriegen sollen, wenn sie den "Buren" in den Verhandlungen gegenüberstehen, daß sie die Leute für den Selbstschutz bewaffnen und den Staat bei der Frage der Waffenscheine mißachten sollen. Seine Rede wurde mit 9-Millimeter-Pistolen und AK 47-Gewehren begrüßt, die überall im Stadion in die Luft gefeuert wurden.

Als die Regierung am Freitag vor dem Begräbnis damit drohte, Johannesburg zum Notstandsgebiet zu erklären, gab der Gewerkschaftsdachverband COSATU eine Erklärung heraus, daß alle geplanten Aktivitäten weitergehen, "als ob de Klerk nicht gesprochen hätte." Das Regime war gezwungen nachzugeben und am Samstag stand Johannesburg still, als Bataillone von bewaffneten Arbeitern durch die Straßen marschierten. Am Montag wurde das Begräbnis für über sechs Stunden live im staatlichen Fernsehen und Radio übertragen! In vieler Hinsicht sah es so aus, als ob der ANC die Macht übernommen hätte.

Die Märsche und Streiks haben die Arbeiterklasse an ihre Macht, die Gesellschaft zu verändern, erinnert. Auch de Klerk und die herrschende Klasse wurden an diese Macht erinnert. Die ANC-Führer sind jetzt unter enormen Druck, den Massen zu beweisen, daß die Verhandlungen ihnen etwas bringen. Die Verhandlungen gehen bereits weiter. De Klerk wird vielleicht einen früheren Wahltermin zugestehen müssen. Der Mord an Chris Hani und die darauf folgenden Ereignisse haben sich jedoch unauslöschbar im Bewußtsein der schwarzen Bevölkerungsmehrheit eingebrannt.

Die Stimmung ist sehr offen für unsere Ideen. An einem Tag haben wir in Johannesburg, Durban und Kapstadt über 500 Exemplare der *Congress Militant* verkauft.

Von einem Korrespondenten der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC

Chris Hani

Chris Hanis Kampfgeschichte, seine Führung des militärischen Flügels des ANC, Umkhonto we Sizwe und seine radikalen Reden gaben ihm eine breite Unterstützung, vor allem in der Jugend. Er hat Zweifel der ANC-Aktivistinnen an einigen der Kompromissen mit de Klerk und an der Demobilisierung der Massenbewegung in den

Neue Radikalisierung

Die südafrikanische Regierung hat Angst vor der neuen Radikalisierung durch den Mord an Hani. Die *Financial Times* erklärte, daß es zur Zeit "eine Tatsache ist, daß de Klerk Südafrika nicht ohne Mandelas Hilfe regieren kann."

Darum wird der Tod Hanis wahrscheinlich die Versuche zu einem Ver-

Frankreich

Aufstand in den Vorstädten

Bestürzt berichteten die deutschen Medien von den Unruhen, die in Frankreich aufgrund mehrerer Morde an "kriminellen" ausländischen Jugendlichen durch die Polizei entstanden sind. Einige Tage lang lieferten sich Hunderte von Jugendlichen Straßenschlachten mit der Polizei, steckten Autos in Brand und plünderten Geschäfte.

Mit Rufen wie "Bullen, Mörder, Faschisten!" protestierten die jungen Einwanderer. Mit der Revolte in den Vorstädten haben die meist aus Afrika stammenden Jugendlichen gegen ein System rebelliert, das ihnen ein Leben zu bieten hat, das einem Alptraum gleicht. Ein Leben in den grauen Vorstadtghettos, ohne Perspektive und Arbeit, konfrontiert mit dem Terror der Polizei und der Heuchelei der französischen Politik.

Nach der Serie von polizeilichen Übergriffen hat der rechte französische Innenminister Pasqua harte Maßnahmen gegen "gefährliche Umtriebe" einzelner Beamter angekündigt. Daß er das ernst meint, ist zu bezweifeln. 1986 war Pasqua schon einmal Innenminister gewesen. Damals sicherte er Polizisten zu, sie würden bei Vorfällen wie Mitte April "gedeckt" und Terroristen, womit er "kriminelle" ausländi-

sche Jugendliche meinte, "terrorisiert".

Das Ausländergesetz (z.B. die Einbürgerungsmöglichkeiten) soll verschärft werden und schon jetzt werden in einigen Stadtteilen Ausländer häufiger Identitätskontrollen unterzogen als Franzosen.

Die Opfer der französischen Gesellschaft und der Polizeiwillkür sollen zu Tätern gemacht werden. Pasqua kündigte an, ausländische "Unruhestifter" auszuweisen. So kann man berechtigten Protest auch zum Schweigen bringen.

Es ist auch damit zu rechnen, daß sich die bestehenden Probleme (vor allem sozialer Art) verschärfen werden. Denn Frankreichs neuer Premier Balladur förderte in seinem Regierungsprogramm neue "Opfer" von allen Franzosen.

Kim Levermann, Lübeck
JRE-Mitglied

Osteuropahilfe...?

Mogelpackung

Mit großem Propagandawirbel wurden das sogenannte 50-Milliarden-Dollar-Paket der G-7 (Die sieben stärksten Industriestaaten der Welt) für Rußland der Weltöffentlichkeit präsentiert.

Das vermeintlich riesige Care-Paket erweist sich jedoch als Mogelpackung:

- 14,2 Mrd. sind für "Strukturreform und essentielle Importe" vorgesehen. Davon sind allerdings 10 Mrd. Dollar Exportversicherungen für den Osthandel, also indirekte Subventionen für Westfirmen! 3,4 Mrd. sind längst bewilligtes Weltbankgeld.
- 15 Mrd. Dollar ergeben sich aus der

Stundung von Zinsen- und Tilgungsraten für Altschulden.

● 3 Mrd. Dollar stammen aus dem 24-Mrd.-Dollar-Paket vom letzten Jahr — von dem bisher nur die Hälfte angekommen ist.

● Nach der "Anfangs-Stabilisierung" wird der ebenfalls in dem Paket vom letzten Jahr enthaltene Rubel-Stabilisierungsfonds von 6 Mrd. aufgelegt, dazu kommt dann ein 4,1 Mrd.-Kredit.

Selbst wenn die vollen 50 Milliarden Dollar gezahlt würden, wäre das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zum Vergleich: Westdeutschland zahlt jährlich allein 160 Milliarden DM an Transferleistungen für Ostdeutschland, das

nur ein Zehntel der Einwohnerzahl Rußlands hat

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) hat seit ihrer Gründung 500 Millionen DM für Verwaltung, Gehälter, Reisen und das Bankhauptquartier in London ausgegeben — aber nur 250 Millionen DM für ihre eigentliche Aufgabe, die Wirtschaftshilfe für Osteuropa und die GUS. Die Bankfassade in London wurde für 1,8 Millionen DM mit Carrara-Marmor verkleidet, insgesamt kostete die Ausstattung der Zentrale 132 Millionen DM. Weitere Ausgaben entstanden für die Benutzung von Privatflugzeugen durch Bankchef Jacques Attali und eine exklusive Weihnachtsfeier für 130.000 DM. Attali argumentierte, daß er seinen 400 Mitarbeitern eben ein gutes Arbeitsklima bieten müsse.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare...

VORAN — politisch veraltet?

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen!

Ich bin Schüler am FFG Kreuztal und Juso in der Juso AG Kreuztal/Hilchenbach.

Ich möchte Euch in dem folgenden Leserbrief meine Meinung über VORAN mitteilen und hoffe, daß Ihr diesen Leserbrief veröffentlicht.

In einer Zeit, in der der Pseudokommunismus vieler Länder untergegangen ist oder in den letzten Zügen liegt, kämpft in Deutschland eine marxistische Zeitung für eine sozialistische Demokratie. Von vielen Politikern und Zeitgenossen als "linke Spinner" abgetan, kann man sich die Frage stellen: Bringt diese Zeitung noch irgendwem einen Nutzen, ist ihre Arbeit überhaupt zur Zeit sinnvoll?

Als junger Marxist habe ich mich in

der deutschen Presse umgeschaut, vieles gelesen und verglichen. Zwar findet man in den meisten Zeitungen und Magazinen das üblich journalistische Gemecker über diese und jene nationalen oder internationalen Angelegenheiten, aber die meisten sind vom Kern der Tatsachen immer weit entfernt. Viele Probleme und Ereignisse werden skrupellos als Sensationen in unserem kapitalistischen Informationssystem vermarktet.

Ich habe hier nur bei VORAN eine wahrheitsgebundene und an die eigentlichen Ursachen herangehende Information finden können.

Wichtig ist für mich, daß VORAN auf diese Punkte wertlegt:

— Abkehr von der durch Repräsentanten geleiteten parlamentarischen Scheindemokratie

— Abkehr vom Stalinismus und dem heute noch bestehenden sogenannten "real existierenden Sozialismus", der keiner war und ist

— Ablehnung des auf der Ausbeutung der Umwelt und der Dritten Welt aufgebauten kapitalistischen Gesellschaftssystems

— massive Bekämpfung des Faschismus und des alltäglichen Rassismus

— Vertretung des eigentlichen, und nicht durch nachfolgende, machtbesessene Einzelpersonen verunstalteten Marxismus

In diesem Sinne: Weiter so!
Ole Erdmann

Verkauft VORAN

"Wir verkauften vor dem Bahnhof die VORAN an die mit Zug oder Bussen ankommenden SchülerInnen, als nach ca. 20 Minuten die Bahnpolizei mit Verstärkung anrückte. Ohne mich zu beachten stürzten sie sich direkt auf Torge und redeten auf ihn ein, von wegen Verkaufsgenehmigung usw. Eine ältere Frau drängte sich daraufhin spontan zwischen Torge und die Polizisten, schnitt ihnen das Wort ab und kaufte aus Solidarität eine Zeitung," berichtet Helgard aus Göttingen.

Bei einem Berufsschulverkauf in Göttingen wurden 9 Exemplare der VORAN abgesetzt. Bei jeweils zwei Verkäufen vor Berufsschulen wurden in Aachen insgesamt 38 und in Siegen 33 Zeitungen verkauft.



Was will VORAN?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der »3. Welt« bei gleichzeitiger Überschussproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt würden, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit von Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem ersten Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet. Dabei haben wir aber das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten Arbeiterdemokratie eingetre-

ten. VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch ihren Frieden mit dem System gemacht und sind meilenweit entfernt vom Leben der Masse der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und hauptamtliche Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und der demokratischen Kontrolle durch die Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich durch Spenden von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und in Australien vertreten ist.

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit

Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir werden uns melden und Dir sagen, wo in Deinem Ort/in Deiner Gegend es eine VORAN-Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

T-Shirts, Buttons, Aufkleber



T-Shirts: "Gegen Nazis" (schwarz/rot) und "Rosa Luxemburg" (einfarbig) je 20,— DM

Buttons: "Gegen Nazis" und "Gib Nazis keine Chance" je 2,— DM

Aufkleber: "Gegen Nazis", "Halte deine Umwelt sauber" und "Gib Nazis keine Chance" je 0,50 DM

Bestellungen (nur gegen Vorkasse) an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

30% Rabatt ab 10 Stück, bei Aufklebern ab 20 Stück

solange der Vorrat reicht

Kampffonds

Im ersten Quartal des Jahres haben wir mit Spenden in Höhe von 17.520,35 DM 70 Prozent unseres Ziels erreicht. Für das 2. Quartal haben wir uns mit 25.000 DM wieder einmal ein ehrgeiziges Ziel gesteckt.

Durch unser bundesweites Seminar, das mit ca. 150 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands Mitte April in Köln stattgefunden hat, haben wir einen hervorragenden Start ins neue Quartal gemacht. Dort wurden Spenden in Höhe von 11.699,04 DM bar gesammelt, dazu kamen "Schuldscheine" in Höhe von insgesamt 6.560 DM.

Wir haben an drei Tagen die Aussichten für ArbeiterInnen und Jugendliche in Europa und speziell in Deutschland diskutiert. Bei der Diskussion über die Arbeit und den weiteren Aufbau von VORAN wurde klar, daß der Marxismus eine lebendige Theorie und eine Anleitung zum Handeln ist. Die hohe Spendenbereitschaft

ist ein kräftiger Beweis für die Vertrauen der Teilnehmer in die Zukunft des Sozialismus. Wir danken allen Spendern und bitten diejenigen, die uns Geld versprochen haben, ihre "Schuldscheine" recht bald einzulösen.

Mit den Barspenden und anderen kleineren Summen, die bis jetzt eingegangen sind, haben wir ca. 50 Prozent unseres Ziels bereits erreicht. Doch jetzt ist nicht die Zeit, uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen, sondern in den kommenden Wochen und Monaten bei den anstehenden Streiks in der Metallindustrie und bei "Gegenwehr"-Aktionen des DGB unser Material zu verkaufen und Spenden zu sammeln.

Fiz Garvie, Redaktion.

Spendenkonto:
Postgiroamt Essen,
BLZ 360 100 43,
Konto-Nr. 2500 59-430

1. Quartal 1993 Erreicht: 17.221 DM Ziel: 25.150

Bundesland	Ziel	% des Zieles erreicht	Erreicht
Schleswig-Holstein	500	44%	220
Bremen	1.000	10%	101
Mecklenburg-Vorp.	1.400	81%	1140
Niedersachsen	300	147%	441
Berlin	3.100	90%	2780
Nordrhein-Westfalen	7.150	67%	4802
Hessen	6.400	82%	5260
Baden-Württemberg	4.800	48%	2288
Sonstiges	500	38%	189
Gesamt	24.650	68%	17.221



Ich möchte...

- Voran abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,— DM
- zusätzlich ___ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (In Kommission — Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (min. 30,—)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark (in Briefmarken)

Name, Anschrift, Telefon

Summe bitte auf das Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung!

JRE Berlin Genschenk zum 104.

Am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, machten Gruppen von Jugend gegen Rassismus in Europa im ganzen Bundesgebiet Bereitschaftsdienst, um etwaige Geburtstagsfeiern zu stören und die Verteidigung gegen Nazi-Terroraktionen zu organisieren.

In Berlin ist ein JRE-Mitglied (16 Jahre) auf dem Rückweg vom Bereitschaftsdienst von drei Jung-Faschos (13-15 Jahre) angehalten und als "linke Zecke" beschimpft worden. Er fragte sie, ob sie diskutieren oder sich prügeln wollten. Sie zogen letzteres vor (schließlich war Führers Geburtstag) und lagen anschließend auf dem Pflaster. Der JREler mußte seinen Sieg im antifaschistischen Kampf mit einem Bänderriß am Fuß bezahlen. Wir wünschen gute Besserung!

Überlingen/JRE-Lindau

Rep-Versammlung gewaltlos zerschlagen

Unserer JRE war zu Ohren gekommen, daß die "Republikaner" in Überlingen im Gasthof "Raben" am Freitag, den 26.3.93 eine Versammlung abhalten wollten.

Da zu diesem Anlaß offiziell über die Regionalzeitung eingeladen wurde, beschlossen wir, uns angesprochen zu fühlen, die Einladung dankend anzunehmen, und alle anderen Teilnehmer freundlich wieder auszuladen ...

Da das Treffen schon auf 18 Uhr angesetzt war, mußten wir frühzeitig losziehen. Wegen der Uhrzeit hatten wir mit ca. 10-15 Leuten gerechnet, tatsächlich fanden sich aber bis 17.30 Uhr rund 25 Lindauer und gut 30 andere Leute aus der Region, mit denen wir uns vorher abgesprochen hatten, am Veranstaltungsort ein. Wir besetzten das Lokal, in dessen Nebenraum die Veranstaltung stattfinden sollte. Die lange Wartezeit bis 19 Uhr wurde mit gegenseitigem Kennenlernen und Informationsaustausch überbrückt. Ein Vertreter der Reps hatte schon recht früh die Polizei alarmiert und von einem "Besetzen des Lokals durch Autonomie" berichtet, doch die beiden Be-

amten, die daraufhin eintrafen, mußten un verrichteter Dinge wieder abziehen, konnten sie doch nichts Ungesetzliches am Biertrinken finden.

Gegen 19 Uhr versuchten 5 Mitglieder der JRE (die Hand auf dem "Gegen Nazis"-Aufnäher...) sich bei den Veranstaltern als "Junge Rechts Extremisten" auszugeben (Zitat: "Das war der reinste Spießrutenlauf durch das linke Zeckenpack!"), was schließlich auch gelang — es wurde ihnen Eintritt gewährt.

Als die Veranstaltung kurz darauf mit höchstens 15 Leuten eröffnet werden sollte, drängten die restlichen JREler mit Unterstützung der Überlinger und Sigmaringer in den Raum. Die Idee der Reps, die Veranstaltung kurzerhand zum privaten Infoabend zu deklarieren ("geschlossene Gesellschaft"), wurde von uns nicht akzeptiert. ("Sie kommen hier nicht rein!" "Natürlich kommen wir rein" "Nein!"

"Doch" usw.)

Nachdem wir in den Raum gelangt waren und die Veranstalter zur Durchführung ihrer angekündigten öffentlichen Veranstaltung aufgefordert hatten, erklärten diese die Versammlung für verendet (beendet). Dies wurde von uns mit Beifall quittiert. Auch die Polizei, die mittlerweile fünf Mann stark angerückt war, versuchte erst gar nicht gegen uns vorzugehen. Sie konnte aber mal wieder nicht davon lassen, vereinzelte Ausweiskontrollen bei bunthaarigen Personen durchzuführen.

Fazit: aus unserer Sicht verlief die Aktion sehr gut. Der Wirt des Gasthauses hat uns versichert, niemals mehr den Republikanern eine Versammlung in seinem Haus zu genehmigen, zumal seine Bedienung — eine Ungarin — sich geweigert hatte, die Reps zu bedienen. Insofern also auch ein voller Erfolg. Sollten es die Reps in unserer Gegend wieder einmal den Versuch wagen, ihr menschenverachtendes Gift zu verstreuen — wir werden dabei sein!

JRE-Lindau

Bremerhaven

JRE schlägt zurück!

Wie in der letzten Voran-Ausgabe berichtet, waren bei der Blockade eines DVU-Busses 26 Bremerhavener AntifaschistInnen festgenommen worden. Dies war der Höhepunkt eines brutalen Polizeieinsatzes gegen 70 DemonstrantInnen, die mit friedlichen Mitteln die Abfahrt des mit Nazis besetzten Busses verhindern wollten.

Das harte Vorgehen gegen die AntifaschistInnen, die Erstattung von Anzeigen wegen Nötigung und Landfriedensbruch gegen alle und diverse weitere Anzeigen gegen Einzelne, lassen vermuten, daß es der Polizei weniger darum ging, den DVU-Anhängern die Fahrt zu ihrem Parteitag zu ermöglichen, als vielmehr darum, antifaschistische Jugendliche einzuschüchtern.

Dabei hatte die Polizei wohl nicht mit der Gegenwehr von Jugend gegen Rassismus in Europa gerechnet. Wir gingen voll in die Offensive: Presseerklärungen von JRE und Jusos wurden im Weserkurier und der tageszeitung veröffentlicht, im Regionalfernsehen wurden wir zitiert.

Auf einer nachgeschobenen Pressekonferenz wurden der Presse anhand von Augenzeugenberichten und Videoaufnahmen die Geschehnisse noch einmal erläutert. Noch am selben Abend sendete das Regionalfernsehen einen längeren Bericht, bei dem der Bremerhavener Polizeidirektor keine Antwort auf unserer Vorwürfe wußte. Er bot uns im Fernsehen ein Gespräch an, fuhr aber am nächsten Tag in den Urlaub.

Ein JRE-Flugbatt mit einer Stellungnahme zu den Übergriffen wurde auf Infoständen und an Schulen verteilt. Auf der Jugendversammlung der Schlichau-Seebeck-Werft (größter Betrieb Bremerhavens) wurde von JRElern die Vorfälle geschildert und anschließend eine Solidaritätserklärung beschlossen.

Unterstützung haben wir mittlerweile von den Grünen, der IG Metall, der GEW und verschiedenen Einzelgewerkschaften. Solidaritätserklärungen kamen von verschiedenen JRE-Gliederungen aus Schweden, Irland, Großbritannien, Rostock usw.

Geplant ist noch eine Podiumsdiskussion mit JRE, DGB, SPD, und der Polizei.

Wir werden weiterhin Druck auf

Polizei und Staatsanwaltschaft ausüben und erklären, warum Aktionen gegen Nazis notwendig und rechens sind. Faschos kann man nicht durch moralische Appelle oder Totschweigen bekämpfen. Sie müssen durch eine starke Gegenmobilisierung an der Verbreitung ihrer Propaganda

Stuttgart/Esslingen

Osterhasen gegen Spekulanten

In der Nacht von Gründonnerstag auf Karfreitag wurde ein riesiges Wohnhaus am Esslinger Bahnhof von den "Esslinger Osterhasen von Gleis 9" instandbesetzt. Angestoßen wurde die Aktion von UnterstützerInnen von JRE-Stuttgart und Esslingen.

Das Haus gehört der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen, die es systematisch leerstehen und verrotten ließ. Wir forderten die Nutzung von zwei Stockwerken als Jugendzentren und zwei weiteren als Wohnraum für Jugendliche.

Besonders interessant und spannend war diese Aktion dadurch, daß in der Nacht davor die Polizei mit 30 Mann eine Razzia in diesem Haus gemacht hat, weil sie wohl irgendwas spitzgekriegt hatte. Gefunden haben sie natürlich nichts. Um so größer war ihre Überraschung, als sie am Freitag unsere Transparente und die rote Fahne auf dem Dach entdeckt haben; plötzlich kamen auch mehr Streifen vorbei. Größere Angst als vor der Polizei hatten wir allerdings nächtelang vor möglichen Nazi-Übergriffen.

Über das ganze Wochenende wur-

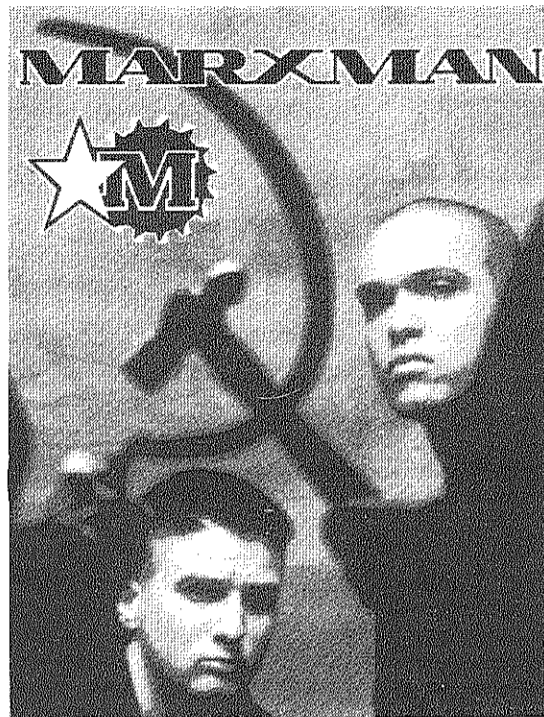
de tagsüber fleißig, fleißig, fleißig das Haus so gut wie möglich instandgebracht, mit Flugblättern die Öffentlichkeit mobilisiert. Nach der Verteilung von 5.000 Flugblättern war die Unterstützung durch die Öffentlichkeit auch bereits sehr groß.

Spontan wurden Lieder getextet und spontan haben diverse Bands zugesagt, bei uns abends für Stimmung zu sorgen, nachdem wir den Besuchern Infos über das für sie geöffnete Haus zu vermitteln.

Am Dienstag fanden die letzten Verhandlungen mit der Kreissparkasse statt, die behauptete, der Baubeginn in zwei Wochen stünde fest und würden wir nicht freiwillig bis Dienstag, 15.00 Uhr gegangen sein, würden wir auf Strafantrag geräumt werden. Die Behauptung mit dem Baubeginn stimmte nicht. Das Ultimatum haben

Marxman

HipHop gegen Kapitalismus



"Wir stehen für die Emanzipation der Menschheit gegen die Barbarei des Weltkapitalismus", verkündet die englisch-irische HipHop-Band Marxman auf ihrem Debut-Album "33 Revolutions Per Minute". Ihr Name ist Programm.

In ihren Texten geht es um den Nordirlandkonflikt ("Sad Affair"), Drogen ("Mystique") oder um die Ausbeutung der Menschheit im Kapitalismus ("Ship Ahoy"). "Wir haben nichts mit denen zu tun, die ein System unterstützen, das von einer Krise in die nächste kracht. Die Labour- und Gewerkschaftsführung inbegriffen, die die Jugend an die Masten des sinkenden Schiffes fesseln wollen. Diejenigen, die die Jugend zu nationalem Chauvinismus, Rassismus und Borniertheit bringen wollen, werden uns ihr Leben lang zum Feind haben. Denn wir stehen zum Internationalismus. Arbeiter haben kein Vaterland" (Phrase, Rapper der Gruppe).

Kein Wunder, daß TV- und Radiostationen ihre erste Single "Sad Affair" weitgehend boykottierten. Dennoch avancierte "Sad Affair" zur neuen Hymne der irischen Jugend. Geschildert wird die Geschichte der irischen Unterdrückung von der ersten englischen Invasion bis zu den Justizskandalen der Gegenwart, wie den Guildford Four. DJ K1 unterlegt das Stück mit jazzigen Samples.

Mit dabei ist auch Sinead O'Connor, die im letzten Jahr für Aufregung sorgte, da sie die Frechheit besaß, bei einer TV-Show ein Bild des Papstes zu zerreißen. Sie singt die Background-Vocals zu "Ship Ahoy". Trotz Radioboykott gelangten Marxman mit "All about Eve", einem Stück über Gewalt gegen Frauen, in die englischen Top 30. Inspirationen für ihr Album holten sie sich ihren Angaben zufolge aus dem "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels, Trotzki's "Verratene Revolution" und den letzten Reden von Malcolm X ("You can't have capitalism without racism"). Marxman unterstützen die Londoner JRE-Demo am 8. Mai und werden dort neben Apache Indian, den Ragga Twins und anderen live zu hören sein.

Vor der Zentrale der faschistischen British National Party in London startete JRE die Kampagne für die "Jobs not Racism"-Demo am 8. Mai. Zusammen mit Marxman, Fun-da-mental und anderen wurde dort die Schließung der Parteizentrale gefordert.

Dirk Seitz, Kassel

wir nicht erfüllt, es aber dennoch vorgezogen kurz vor der Invasion der Bullen Leine zu ziehen, da wir nicht genug Kräfte hatten, um das Haus zu halten.

Nun sieht es so aus, daß die Stadt Esslingen dank unseres Drucks einen Nutzervertrag mit der Kreissparkasse abschließen konnte und das Haus jetzt für AsylbewerberInnen und Obdachlosen genutzt wird. Einerseits ein Super-Erfolg für uns, aber andererseits ein Witz, wenn man bedenkt, daß 20 Meter weiter ein Nazitreff ist (eben jener, der auch uns Angst gemacht hat), und sich AsylbewerberInnen oft nicht trauen, sich gegen eventuelle Angriffe zur Wehr zu setzen, weil sie Angst haben, ausgewiesen zu werden.

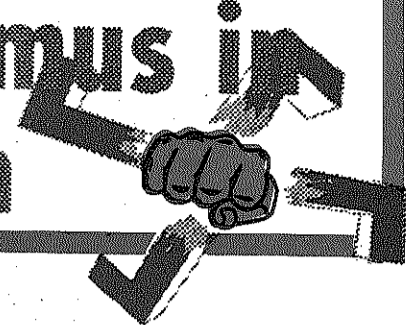
Zur allgemeinen Haus-Situation in Esslingen muß erklärt werden, daß in dem ganzen Viertel um "unser" Gleis 9 riesige Häuser von ihren BesitzerInnen Post und Banken kaputtgestanden werden. Die Häuser nehmen dennoch an Wert zu — ideales Spielfeld für dankbare Spekulanten. Es liegen Pläne vor, dieses Viertel entweder niederzu-

stampfen und Betonklotzbüros hochzuziehen oder die Gebäude zu sanieren, um doch Büros und Läden daraus zu machen. Die Fußgänger sollen in einer Passage unter die Erde verlegt werden, womit Esslingen vollkommen entfremdet wäre.

Wir sind strikt gegen solche Fehlbauaktionen und Leerstände! Büro-Arbeitsplätze sind zwar gut — aber Wohnungen sind besser, denn ohne festen Wohnsitz vorweisen zu können, gibt's erstmal gar keine Einstellung. Und ich brauche hier wohl nicht mehr zu betonen, daß auf der Straße stehen auch mit ein "rechtstreibender" Faktor ist!

Daher müssen wir uns auch verstärkt dagegen einsetzen und Hausbesetzungen viel häufiger als politisches Druckmittel verwenden. Damit können wir nämlich deutliche Mißstände in dieser Gesellschaft aufzeigen und haben gute Möglichkeiten, Menschen zu mobilisieren, mit uns für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen!

Natalie Dolotko, Stuttgart



Stoppt Rassisten in Schlips und Kragen!

Ausländergesetz, Abschiebungen, de-facto-Arbeitsverbot für "Nicht-EG-Ausländer", Abschaffung des Rechts auf Asyl — die Skinheads mit Schlips und Kragen in den Regierungen und Behörden schlagen zu.

Köln im Februar 1993: Nidar Pampurova wird aus Deutschland abgeschoben. Nidar ist eine Roma aus Mazedonien. Ihre Vorfahren wurden während der deutsch-bulgarischen Besetzung Mazedoniens im Zweiten Weltkrieg von Nazis ermordet. Nidar wohnt mit ihrem Mann und zwei Kindern seit vier Jahren in Köln. Im Februar wurde die Familie durch Kölner Behörden getrennt und Nidar wurde nach Mazedonien abgeschoben. Abgeschoben auf ein Pulverfaß, das jeden Moment hochgehen kann. Selbst Sprecher der UNO raten "aus humanitären Gründen" davon ab, Menschen nach Mazedonien abzuschicken. Der *Kölner Stadtanzeiger* zitiert Nidar, die mittlerweile wieder in Köln ist und sich versteckt halten muß, über die Tage auf dem Balkan: "Sechs Nächte habe ich auf

der Straße oder in kaputten Häusern geschlafen. Ich habe um Essen gebettelt. Und viel Angst gehabt! Denn die Orte seien 'fast menschenleer'. Die Leute sind weggegangen. Sie haben Angst vor dem Krieg. Alle sagten mir, hau bloß schnell ab. Es kann jeden Tag losgehen."

Nochmal Tatort Köln: Hier häufen sich Fälle von ausländischen SchülerInnen, die abgeschoben werden sollen. Grund: Ein Elternteil lebt noch in der Heimat, und laut Auslegung des neuen Ausländergesetzes durch die SPD-geführte Stadtverwaltung haben solche Kinder nur dann das Recht, in Deutschland zu bleiben, wenn die Eltern tot, in Haft oder in einer Pflegeanstalt sind. Eine vorgesehene Härtefallregelung ermöglicht der Verwaltung, diese Schüler unbehelligt hier leben zu lassen, vor allem weil ihnen in ihrer Heimat kaum erträgliche Zustände drohen. Zu diesen SchülerInnen gehört ein Iraner, der vor dem Militärdienst geflohen war und zweifelsfrei verhaftet wird, sobald er iranischen Boden betritt und ein krebserkrankter türkischer Junge, dessen medizinische Versorgung in der Türkei nicht gewährleistet ist. Eltern, Lehrer, Mitschüler und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kämpfen gegen die Abschiebungen. Entscheidungen sind aber noch nicht gefallen.

Tatort Bonn: (Anti-)Arbeitsminister Blüm erläßt ein Gesetz, nach dem AusländerInnen nur dann eine Arbeitsstelle durch das Arbeitsamt zugewiesen bekommen dürfen, wenn diese Stelle nicht von Deutschen oder EG-Ausländern besetzt werden kann.

Drei Beispiele für staatlichen Rassismus, denen noch unzählige weitere hinzugefügt werden könnten.

AusländerInnen werden in Deutschland diskriminiert und doppelt unterdrückt. Sie genießen nicht die gleichen Rechte wie alle anderen, sie werden täglich ausgegrenzt



Familie in einer Abschiebezelle auf dem Frankfurter Flughafen

(z.B. wenn ausländische Jugendliche nicht in Discos kommen oder willkürlich von der Polizei kontrolliert werden). Darüberhinaus sind sie dann noch besonders hart von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen. Und wenn sie Arbeit haben, ist das häufig Drecksarbeit zu Niedrigstlöhnen.

Noch vor wenigen Jahren war die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für AusländerInnen in aller Munde. Wer spricht heute noch davon? Im Gegenteil: Der Zug ist in die andere Richtung abgefahren. Die Aus-

ländergesetze werden ständig verschärft, die Entrechtung nimmt zu.

Damit sollen Menschen erster und zweiter Klasse geschaffen werden. Es sollen diejenigen, die Tag für Tag gemeinsam arbeiten oder zur Schule gehen, nämlich deutsche und ausländische ArbeiterInnen und Jugendliche, gegeneinander ausgespielt werden.

Sascha, Köln
Mitglied im JRE-Bundesausschuß

VORAN fordert:

- Keine Änderung des Asylrechts
- Bleiberecht für alle. Keine Abschiebungen.
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Weg mit den diskriminierenden Ausländergesetzen!
- Gemeinsamer Kampf von deutschen und ausländischen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Rassismus, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.

Werde Mitglied bei JRE

- Ich möchte Mitglied werden und habe den ersten Vierteljahresbeitrag von mindestens 10,- DM (5,- DM für Leute ohne oder mit geringem Einkommen) überwiesen.
- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit bekommen

Schickt den Zettel mit Eurem Namen und Adresse an: JRE, Hauptpostlagermd, 5000 Köln 1
Spenden und Mitgliedsbeiträge bitte überweisen an:
U. Petersen, Konto-Nr. 12777-501 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50